BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

Beschlussprotokoll 35. Sitzung

20.05.14

Nr. 18/448 S - 18/464 S

Nr. 18/448 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Freihändige Vergabe/Verkauf von Grundstücken im Büropark Oberneuland Antrag des Beirates Oberneuland vom 6. Mai 2014
Drucksache 18/547 S)

Nr. 18/449 S

Folgende Vorlagen wurden von den Antragsstellern zurückgezogen:

1. Bremen darf den Bus nicht verpassen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2013
(Drucksache 18/331 S)

 Streetwork im Grünzug West statt überflüssigen Umbau der Martinistraße!
 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29. April 2014 (Drucksache 18/544 S)

Nr. 18/450 S

Fragestunde

Gewinnausschüttung der GEWOBA
 Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. März 2014

2. Fehlende Hortplätze

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom $20.\,\mathrm{M\ddot{a}rz}\ 2014$

- Ausreichende Finanzierung des Jugend- und Anpassungskonzeptes
 Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. März 2014
- Neubau des Huchtinger Bürger- und Sozialzentrums
 Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. März 2014
- Wie kommt der Senat voran mit dem Konzept "Kaisenhäuser"?
 Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. März 2014
- Schüsse auf Katzen Kein Fall für die Polizei?
 Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. März 2014

7. Schwesternwohnheim im Dornröschenschlaf?

Anfrage der Abgeordneten Dirk Schmidtmann, Dr. Zarah Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2014

8. Windkraftanlagen in Seehausen und Hasenbüren

Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. März 2014

Ist die private Sammlung von 96 funktionsfähigen Schusswaffen kulturhistorisch bedeutsam?

Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. April 2014

 Geschwindigkeitsüberschreitungen auf der Bürgermeister-Smidt-Brücke Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. April 2014

11. Erhaltungs- und Sanierungsgebiete in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. April 2014

12. Sportpark in der Überseestadt

Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol (BIW) vom 22. April 2014 Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Lebensqualität in der Überseestadt

Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol (BIW) vom 22. April 2014

 Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Tischlerhandwerk

Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. April 2014

15. Quartiersbildungszentrum ohne Leitung?

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis $90/\mathrm{Die}$ Grünen vom 28. April 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/451 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Senatorenstreit um Martinistraße – was ist das Innenstadtkonzept noch wert?"

Nr. 18/452 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 16. Mai 2014

Die Stadtb \ddot{u} rgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bremen darf den Bus nicht verpassen!

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie

vom 12. März 2014

(Drucksache 18/523 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie Kenntnis.

2. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes "Hohentor/Alte Neustadt"

Mitteilung des Senats vom 25. März 2014 (Drucksache <u>18/527 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

3. 7. Ortsgesetz zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für das Gebiet zwischen Hollerallee, Schwachhauser Heerstraße, Am Barkhof (einschließlich), Hohenlohestraße (einschließlich) und Blumenthalstraße

Mitteilung des Senats vom 15. April 2014

(Drucksache 18/537 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

4. Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 163. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014

(Drucksache <u>18/550 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

5. Bebauungsplan 2382 für ein Gebiet in Bremen-Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafendamm

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014

(Drucksache <u>18/552 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2382.

6. Bebauungsplan 2454 für ein Gebiet in Bremen-Altstadt zwischen Abbentorswallstraße, Abbentorstraße, Neuenstraße und Töferbohmstraße

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014

(Drucksache 18/553 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2454.

7. Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014

(Drucksache 18/558 S)

Die Stadtbürgerschaft wählt Herrn Klaus Otto Puppa anstelle der ausgeschiedenen Frau Mareike Sander zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Nr. 18/453 S

Ortsgesetz zur Änderung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2014 und 2015

hier: Kapitalerhöhung bei der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH zwecks Beteiligung an der wesernetz Bremen GmbH und der wesernetz Bremerhaven GmbH

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014

(Drucksache 18/556 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Änderung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/454 S

Bericht zur Vergabe von Wegenutzungsverträgen für die Strom-, Gas-, Wasserund Fernwärmeversorgung in der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) nebst Beteiligungen an den Netzgesellschaften

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014 (Drucksache 18/557 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Bericht zur Vergabe von Wegenutzungsverträgen für die Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung in der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) nebst Beteiligungen an den Netzgesellschaften zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/455 S

Probleme in der Grohner Düne endlich nachhaltig anpacken

Antrag der Fraktion der CDU vom 14. April 2014 (Drucksache <u>18/535 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/456 S

Grohner Düne: Vorkaufsrecht sichern, soziale Erhaltungsverordnung erlassen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. April 2014 (Drucksache <u>18/546 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/457 S

Die Zukunft der Grohner Düne gemeinsam gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 20. Mai 2014 (Drucksache 18/564 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- auch weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um Voraussetzungen für ein Vorkaufsrecht zu schaffen, um die Grohner Düne in den öffentlichen Besitz zu überführen;
- das Quartier Grohner Düne im Sinne des Baugesetzbuches zu einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet oder städtebaulichen Entwicklungsbereich umzuwidmen;
- ein ressortübergreifendes Konzept zur Beseitigung sozialer und städtebaulicher Missstände mit einer klaren Zeit-Maßnahmen-Achse sowie einem Finanzierungsplan zur langfristigen Verbesserung der Verhältnisse im Bereich der Grohner Düne vorzulegen;
- solange die Grohner Düne sich noch nicht im öffentlichen Besitz befindet, die Eigentümer der Grohner Düne zur Einhaltung ihrer Verpflichtung gegenüber den Mieterinnen und Mietern, dem Mietobjekt und dem Stadtteil aufzufordern;

- 5. ein Konzept unter Einbezug der Stadtgesellschaft (Verbände, Initiativen und Träger der sozialen Arbeit, Nachbarschaftshilfe und Kultur), Kommunalpolitik, öffentlicher Verwaltung (Amt für Soziale Dienste, Polizei, Umweltbetrieb Bremen, Bauamt), sozialen, kulturellen und integrativen Institutionen im Stadtteil (z. B. Kindergarten, Hort, Schule, WiN-Forum) sowie der Bewohnerinnen und Bewohner zu entwickeln, wie die Wohn- und Lebenssituation verbessert und nachbarschaftlich und sozial in den Stadtteil hinein geöffnet werden kann;
- 6. ein Konzept zu möglichen Umbaumaßnahmen an der Grohner Düne vorzulegen, die zu einer baulichen Öffnung Richtung Stadtteil und zu mehr Sichtbarkeit und Sicherheit im jetzigen Innenhof, gerade auch als Spielort für Kinder, beitragen. Weitere Eckpunkte des Konzepts könnten sein: Teilumbau, Aufwertung von Teilbeständen, Umwandlung eines Teils in studentisches Wohnen, Kindertagesstätte, Altenwohnen, Einrichtung von Concierges;
- 7. zusammen mit Arbeitsressort, Jobcenter und dem Arbeitslosenzentrum Bremen Nord (ALZ) eine neue Initiative zu entwickeln, um sinnvolle soziale Infrastruktur und Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit der örtlichen und regionalen Wirtschaft soll ein Konzept entwickelt werden, wie Jugendlichen Praktikums- und Ausbildungsplätze besser vermittelt werden können.
- 8. Kitas, Krippen, Horthaus, Spielhaus, Schulen und familienorientierte Arbeit rund um die Grohner Düne vermehrt insbesondere auch in der Elternarbeit zu unterstützen und dazu gerade auch das Angebot für die Null- bis Dreijährigen mittelfristig weiter auszubauen;
- Integrationsangebote, Kinderkulturprojekte, den Flüchtlingstreffpunkt, das Jugendprojekt wEUnited zu unterstützen. Das Projekt Pro Düne soll nicht alleine mit der Ausrichtung auf die Zielgruppe der Mhallhamiye, sondern vor allem zur Kulturvermittlung fortgeführt werden;
- 10. Beratungsangebote für Bewohnerinnen und Bewohner der Grohner Düne schaffen, die sie in Fragen der Behebung wohnlicher Mängel bis hin zu juristischen Beratungen wie bei Mietminderungen unterstützen;
- 11. eine Imagekampagne Pro Düne aus Mitteln des Stadtteilmarketings zu entwickeln und zu realisieren, um den Standort differenzierter zu kommunizieren, erlebbar zu machen und die Stigmatisierung aller Bewohnerinnen und Bewohner einzudämmen.

Nr. 18/458 S

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken – alle Einrichtungen erhalten

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 5. Mai 2014 (Drucksache 18/549 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 18/459 S

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 19. Änderung Neustadt/Obervieland – Autobahneckverbindung A 281, 2. Baustufe, 2. Bauabschnitt – (ehemals 110. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983)

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014 (Drucksache 18/551 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Nr. 18/460 S

Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Sögestraße Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Ansgarikirchhof

Mitteilung des Senats vom 22. April 2014 (Drucksache <u>18/539 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Sögestraße und das Ortsgesetz zur Einrichtung des Innovationsbereichs Ansgarikirchhof.

Nr. 18/461 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27 vom 14. Mai 2014

(Drucksache 18/560 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/462 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 28 vom 19. Mai 2014

(Drucksache 18/562 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/463 S

Öffentliches Fernsehen zur WM

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Mai 2014 (Drucksache 18/563 S)

- 1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, es im Rahmen der Bundesverordnung und in Abstimmung mit den Beiräten zu ermöglichen, dass in der Stadt Bremen während der WM 2014 durch die Zeitverschiebung zum Austragungsort erst am späten Abend beginnende Spiele in Biergärten und im Bereich der Außengastronomie live übertragen werden können.
- 2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, frühzeitig zu veröffentlichen, welche konkreten Voraussetzungen seitens der Gastronomie in Bremen erfüllt werden müssen, um eine Genehmigung für Freiluft-Live-Übertragungen von Spielen der WM, die um 22 Uhr beginnen, zu erhalten. Diese Information muss auch Antrags- und Genehmigungsstellen sowie die entstehenden Kosten benennen. Die Beiräte sollten bei der Genehmigung zustimmen.

Nr. 18/464 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

 Arbeit der Tagesmütter wertschätzen – pünktliche Bezahlung endlich sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 20. November 2012 (Drucksache <u>18/251 S</u>) Arbeit der Tagesmütter wertschätzen – pünktliche Bezahlung endlich sicherstellen!

Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend vom 15. Januar 2014 (Drucksache 18/496 S)

3. Wie bewertet der Senat die Gutachten des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V. und des Rechnungshofes?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. Januar 2014 (Drucksache 18/503 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 4. März 2014

(Drucksache <u>18/519 S</u>)

4. Sonderbericht nach § 99 Landeshaushaltsordnung über die Risiken für die Freie Hansestadt Bremen infolge der finanziellen Situation der Gesundheit Nord gGmbH

Bericht des Rechnungshofs vom 27. Januar 2014 (Drucksache <u>18/500 S</u>)

5. Sonderbericht nach § 99 Landeshaushaltsordnung über die Risiken für die Freie Hansestadt Bremen infolge der finanziellen Situation der Gesundheit Nord gGmbH

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 19. Mai 2014 (Drucksache 18/561 S)

6. Transparentes Verfahren bei der Vergabe des Betriebes von Kindertagesstätten Antrag der Fraktion der CDU

vom 11. Februar 2014 (Drucksache <u>18/504 S</u>)

7. Wie sozial ist Bremen? – Inklusion auf Kosten sozial benachteiligter Kinder?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. Februar 2014

(Drucksache <u>18/507 S</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 25. März 2014

(Drucksache 18/528 S)

8. Die Überseestadt – Entwicklung und Perspektiven

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2014 (Drucksache <u>18/513 S</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. April 2014

(Drucksache <u>18/540 S</u>)

9. Einrichtung eines Sondervermögen Wohnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2013 (Drucksache <u>18/350 S</u>)

10. Einrichtung eines Sondervermögen Wohnen

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 26. Februar 2014

(Drucksache <u>18/517 S</u>)

11. Frühzeitige Information für Bürgerinnen und Bürger – Liste relevanter baulicher Vorhaben für Bremen einführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 3. März 2014 (Drucksache 18/518 S)

 Effizienz des Fuhrparkmanagements der öffentlichen Verwaltung verbessern Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 3. April 2014 (Drucksache 18/533 S)

13. Hilfesystem bei häuslicher Gewalt verbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. April 2014 (Drucksache <u>18/534 S</u>)

14. Wirtschaftsfeindlichkeit und Bauverhinderungspolitik bei Landschaftsprogramm und Flächennutzungsplan stoppen

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. April 2014 (Drucksache <u>18/536 S</u>)

 Gewerbeanmeldungen beim Unternehmensservice Bremen bündeln Mitteilung des Senats vom 15. April 2014

(Drucksache 18/538 S)

16. Bedarfsdeckung bei Hortplätzen sicherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. April 2014 (Drucksache <u>18/542 S</u>)

 $17. \ \ Rekommunalisierung der ehemaligen Bremischen- und Beamtenbau-Bestände$

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. April 2014 (Drucksache <u>18/545 S</u>)

18. Weichen für die Zukunft rechtzeitig stellen – das Prüfverfahren zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung muss beschleunigt werden

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. Mai 2014 (Drucksache <u>18/559 S</u>)